

Zürcher, Lukas: *Die Schweiz in Ruanda. Mission, Entwicklungshilfe und nationale Selbstbestätigung (1900–1975)*. Zürich: Chronos Verlag 2013. ISBN: 978-3-0340-1205-8; 400 S.

**Rezensiert von:** Bernhard C. Schär, Institut für Geschichte, Eidgenössische Technische Hochschule Zürich

Seit Hutu in Ruanda 1994 vor den Augen einer passiven Weltöffentlichkeit über eine halbe Million Tutsi ermordeten, ist die internationale Literatur zu dieser kleinen ostafrikanischen Republik kaum mehr überschaubar. In seiner Dissertation fragt Lukas Zürcher nach der Bedeutung Ruandas für die Schweiz. Nicht erst seit diese kleine westeuropäische Republik 1962 Ruanda zum Schwerpunktland ihrer Entwicklungshilfe auserkor, sind die Geschichten der beiden Länder auf unheilvolle Weise miteinander verbunden. Zwar möchte Zürcher weder den Völkermord noch die Frage der schweizerischen Mitverantwortung „zum Fluchtpunkt“ (S. 18) seiner Erzählung machen. Tatsächlich thematisiert er den Genozid von 1994 nur am Rand und wirft stattdessen einen Blick zurück auf die Zeit zwischen 1900 und 1975. Sein analytisches Hauptinteresse gilt indes den Fragen nach rassistisch motivierter Gewalt und Schweizer Beteiligung daran. Zumindest indirekt bildet der Genozid daher dennoch den „Fluchtpunkt“ von Zürchers Analyse. Diese ist in glasklarer Sprache formuliert und liest sich als Drama in drei Akten.

1: Die Missionare. Die ersten Schweizer kamen um 1900 als katholische Missionare der sogenannten „Weissen Väter“ ins Land. Mit Unterstützung zunächst der deutschen und ab 1916 der belgischen Kolonialverwaltung bauten sie das Bildungssystem auf und machten den Katholizismus zur Staatsreligion. Gegenüber ihren Geldgebern in der Schweiz vermittelten sie das Bild einer rückständigen „afrikanischen Schweiz“ mit Bergen, Kühen, Bauern und Hirten, die christlicher Führung aus der zivilisierten ‚richtigen‘ Schweiz bedürfe. Dieses Bild war eingebettet in das europäische rassentheoretische Narrativ einer alteingesessenen „Hutu-Rasse“ und einer angeblich später eingewanderten „Tutsi-Rasse“. Die eigentümliche helvetozentrische

Lesart der ruandischen Gesellschaft entfalte ab 1953 besonders unheilvolle Wirkung, als der Walliser Missionar André Perraudin zum Erzbischof von Ruanda geweiht wurde. In Einklang mit der belgischen Kolonialpolitik jener Zeit beendete er die privilegierte Behandlung der Tutsi-Monarchie zugunsten mehr „sozialer Gleichheit“. Da Perraudin dem rassentheoretischen Denken verhaftet blieb, hiess dies, dass sich Kirchen und Bildungseinrichtungen unter seiner Verantwortung faktisch mit den sich formierenden Hutu-Nationalisten verbündeten. Schweizer Missionare trugen so bis zum Vorabend der ruandischen Unabhängigkeit 1962 wesentlich „zur Beschleunigung der laufenden Polarisierungsprozesse“ (S. 89) zwischen Hutu und Tutsi bei, wie Zürcher resümiert.

2: Die Partnerwahl. Im zweiten Kapitel schildert Zürcher die „Wahl“ Ruandas zum Schwerpunktland schweizerischer Entwicklungshilfe. Initiatorin war die junge ruandische Hutu-Führung: Nach der Unabhängigkeit 1962 warb sie mit dem Bild einer ländlichen, fleissigen und demokratischen „afrikanischen Schweiz“ um Investoren. Damit rante sie in Bern offene Türen ein. Und dies, so Zürchers Hauptthese, keinesfalls weil die Schweiz jener Jahre besonders motiviert gewesen wäre, „afrikanische Not“ zu lindern. Die Entwicklungshilfe für Ruanda war vielmehr im Interesse der Schweiz selber, denn Bern sah sich damals in einer aussenpolitischen Zwickmühle. Nach wirtschaftlicher Kollaboration mit Nazi-Deutschland während der Kriegszeit musste die Neutralität in den 1950er- und frühen 1960er-Jahren gegen Vorwürfe der Heuchelei aus den USA und europäischen Partnerländern verteidigt werden. Wirtschaftlich galt es, die „kleine offene Volkswirtschaft“ auf der marktwirtschaftlich-westlichen Seite des Kalten Kriegs zu positionieren. Die Entwicklungshilfe für Ruanda sollte gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen: Da sie angeblich rein „technisch“ und unpolitisch war, galt sie als „neutralitätskonform“. Gegenüber den USA und ihren Verbündeten signalisierte sie, dass sich Neutralität durchaus mit Solidarität verbinden lasse, wobei Solidarität primär als Anstrengung des Westens, die sogenannte Dritte Welt nach eigenem Vorbild zu „entwickeln“,

---

verstanden wurde. Und auch für die Schweizer Exportwirtschaft war es interessant, Beziehungen zu jungen afrikanischen Staaten zu knüpfen.

3: Die Illusion der Neutralität. Im dritten und vierten Kapitel geht es um die Implementierung „technischer“ Hilfe in Ruanda zwischen 1962 und 1975. Nebst der Finanzierung eines ständigen schweizerischen Beraters für Präsident Kayibanda bildete die Finanzierung der Konsumgenossenschaft Trafipro das Juwel helvetischer Hilfe für die „afrikanische Schweiz“. Die Trafipro kaufte ruandischen Kaffee zu existenzsichernden Preisen auf, exportierte ihn und importierte zugleich Güter des täglichen Bedarfs. Die Genossenschaft bildete damit ein Kernelement der ruandischen Wirtschaft. Daneben waren sogenannte „Experten“ und „Freiwillige“ aus der Schweiz in eine Reihe anderer Projekte involviert. Zürchers Analyse läuft darauf hinaus, dass die Schweiz ihr Engagement in Ruanda, wo Vertreibung und Morde an der Tutsi-Bevölkerung zunahmen, nicht etwa abbauete, sondern intensivierte. In einigen der eindrucklichsten Passagen geht es um Schweizer Entwicklungsfachleute, die ihr Leben riskierten, um verfolgte Tutsi zu schützen. Andere kritisierten hellsichtig den verbrecherischen Charakter der Hutu-Regierung. Sie wurden jedoch von ihren Vorgesetzten zum Schweigen gebracht. Die wenigen Kritiker vermochten folglich keinen Einfluss auf die Schweizer Präsenz in Ruanda zu nehmen, die sich durch „hartnäckige Hilfe“ (S. 253) und durch „Stillschweigen und Verharmlosung“ der genozidartigen Gewalt auszeichnete. Zürcher nennt folgende Gründe hierfür: Zum einen fanden die beharrlichen Behauptungen der Hutu-Eliten, dass die Tutsi eine kommunistisch unterwanderte Bedrohung darstellten, eine gewisse Zustimmung. Zum anderen waren die mit Ruanda befassten Diplomaten und Beamten mit zunehmendem persönlichem Engagement für „ihre Projekte“ immer weniger bereit, diese aufzugeben. Wichtiger waren laut Zürcher jedoch die Illusion der Neutralität sowie eine helveto-kolonialistische Sichtweise auf Ruanda. Obschon etwa die Hutu-Politiker, die im Aufsichtsrat der Trafipro waren, dieses schweizerische Projekt zu einem integralen Bestandteil ihrer tutsifeindlichen

Politik machten, glaubten Schweizer Beamte und Politiker weiterhin an den rein „technischen“ Charakter des Projekts. Die wiederholte genozidartige Gewalt gegenüber Tutsi deuteten sie in Übereinstimmung mit Schweizer Journalisten als „Stammeskämpfe“ einer Gesellschaft, die zivilisatorisch auf dem Niveau des schweizerischen Mittelalters stehe. Ähnlich wie sich bäuerliche Eidgenossen einst vom Joch „österreichischer“ Habsburger befreit hätten, müssten sich die alteingesessenen Hutu-Bauern gegenwärtig aus der Unterdrückung „fremder Tutsi-Vögte“ befreien. Erzbischof Perraudin sprach diesbezüglich 1964 vom Recht auf Selbstverteidigung, das lediglich „quelque peu“ überstrapaziert worden sei (S. 174). Ins selbe Horn blies der Schweizer Trafipro-Direktor vor Ort: „Das Land hat einen reinen Freiheitskrieg hinter sich, wie viele Beispiele in der Schweizer Geschichte zu finden sind.“ (S. 172)

Die missionarische Verschärfung des „Rassenkonflikts“ während der Kolonialzeit, die Notwendigkeit einer „solidarischen“ Neulegitimierung der kritisierten Neutralität im Kalten Krieg, die Illusion, dass „Entwicklungshilfe“ nur „technisch“ und unpolitisch sein könne sowie schliesslich die unreflektierte helveto-kolonialistische Deutung Ruandas als quasi mittelalterliche „afrikanische Schweiz“ bildeten jenes Faktorenbündel, das die Schweiz also bereits Jahrzehnte vor dem Genozid von 1994 zur „hartnäckigen“ Komplizin der Hutu-Rassenideologie und Gewalt gegenüber Tutsi machte.

Die gesellschaftspolitische Bedeutung dieser Analyse ist nicht hoch genug zu veranschlagen: Zum einen operiert die aktuelle schweizerische Gesellschaftsanalyse allzu oft mit der simplen Dichotomie einer „weltoffenen solidarischen Schweiz“ versus einer „isolierten Scheuklappenschweiz“, die den Neutralitätsmythos hochhalte.<sup>1</sup> Zürchers Analyse unterläuft diese Dichotomie, indem er zeigt, dass es doch gerade die „solidarische und humanitäre Schweiz“ war, die mit dem verbrecherischen Hutu-Regime kooperierte. Zum anderen zeigt Zürchers Fallstudie, dass Ruanda lediglich eine extreme Ausprägung ei-

---

<sup>1</sup> Vgl. etwa das „Manifest“ des „Club Helvétique“ zum 1. August 2014 unter <<http://www.clubhelvetique.ch/>> (19.09.2014).

nes allgemeineren Problems ist. Nicht überall, so lässt sich nach der Lektüre folgern, ist helvetische Entwicklungshilfe mit Verstrickungen in einen Völkermord verbunden. Entwicklungshilfe heisst jedoch überall, dass die Schweiz die oftmals konfliktgeladenen politischen Kräfteverhältnisse in ihren „Partnerländern“ aktiv mitgestaltet. Einem Land, das seine „Entwicklungszusammenarbeit“ bis heute als Teil seiner Neutralitätspolitik versteht, muss dies zu denken geben.

Kritisch bleibt anzumerken, dass die Erzählung primär auf Schweizer Quellen basiert. Ruandische Akteure und ihre historischen Erfahrungen bleiben daher blass. Die sorgfältigen Rekonstruktionen der Konkurrenz zwischen Belgien, Frankreich und der Schweiz um die prestigeträchtigsten Entwicklungsprojekte in Ruanda sowie ihrer Interaktionen mit den Hutu-Eliten liefern jedoch zahlreiche Anknüpfungspunkte für ein neues, transnationales Verständnis der Geschichte der (post-)kolonialen Frankophonie. Insofern hat Zürchers Studie wegweisenden Charakter. Hoffentlich wird sie bald auf Französisch übersetzt.

HistLit 2014-4-013 / Bernhard C. Schär über Zürcher, Lukas: *Die Schweiz in Ruanda. Mission, Entwicklungshilfe und nationale Selbstbestätigung (1900–1975)*. Zürich 2013, in: H-Soz-Kult 07.10.2014.